

Auf dem Weg zur Universität

Weichenstellungen an der Pädagogischen Hochschule Potsdam
1989/90

Axel Gzik
Potsdam

Zum 25jährigen Jubiläum der Gründung der Universität Potsdam am 15.7. 2016 hat ihr Präsident, Prof. Dr. Günther, mehrfach erklärt, dass die Universität sehr an der Aufarbeitung ihrer Geschichte interessiert sei, solange noch Zeitzeugen dazu berichten könnten.

Pünktlich zum Jubiläum sind zwei Bücher zur Geschichte der Universität Potsdam erschienen (Görtemaker 2016, Marshall 2016). In beiden Publikationen wird nur relativ wenig zur Vorgeschichte der Universität ausgesagt – und von dem „Wenigen“ ist leider manches einfach falsch.

Als ähnlich korrekturbedürftig erscheinen einige Äußerungen zur universitären Vorgeschichte, die jubiläumsbedingt in der Presse oder auf dem Symposium „Der schwierige Neuanfang, die Gründung der Universität Potsdam“ (2.12.2016) vorgetragen wurden.¹ Diesen Darstellungen möchte ich – als Rektor und damit als einer der Hauptakteure im bewegten Wendejahr 1989/90 – aus Zeitzeugenperspektive die These gegenüberstellen, dass die Erfolgsgeschichte der Universität ohne die Weichenstellungen des Wendjahres nicht möglich gewesen wäre.

1. Rektorat im Wendejahr 1989/90

1.1. Die Übernahme der Immobilien und Einrichtungen in Golm

Zu meinem Amtsantritt als Rektor im März 1989 stand die Pädagogische Hochschule Potsdam (PH) vor dem Ruin, denn die so dringend benötigten Investitionsmittel (60 Millionen Mark) zur Sanierung der maroden Infrastruktur waren aus dem Fünfjahrplan 1991–1995 herausgenommen

¹ vgl. die Dokumentationen der Debatte um die Hochschulgeschichte sowie der Jubiläumsberichterstattung in den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ auf der Website der Universität unter <https://www.uni-potsdam.de/25jahre/jubilaem.html> (10.5.2017)

und auf den Zeitraum ab 1996 verschoben worden. Damit hätten in den 1990er Jahren Lehre und Forschung an vielen Instituten nicht mehr gewährleistet werden können. Entsprechend kam auch eine nach sorgfältiger Situationsanalyse erstellte Denkschrift zu dem Schluss, dass „die Hochschule in weiten Teilen vor dem Bankrott steht“ (Gzik 1989).

Am 18.12.1989 teilte mir der stellvertretende Rektor der Juristischen Hochschule in Golm, Jürgen Seidel, mit, dass diese Hochschule mit sofortiger Wirkung den Lehrbetrieb einstellen müsse. Dies weckte sofort die Hoffnung, durch Übernahme des gesamten Objektes die akuten Probleme der PH durch Erweiterung und erhebliche qualitative Verbesserung der materiell-technischen Basis lösen zu können. Noch am gleichen Tag wurde im Rektorat ein vierseitiger Antrag an den Ministerrat der DDR zur kompletten Übernahme der Juristischen Hochschule einschließlich der bereits für 1990 in den Haushalt eingestellten finanziellen Mittel erarbeitet und per Kurier an den Ministerpräsident Hans Modrow geschickt.

Dank der Mitarbeit vieler Kolleginnen und Kollegen konnte bis zum 29.12.1989 ein umfassendes Nutzungskonzept für das Objekt in Golm entworfen und an den Ministerrat als Nachtrag zum Antrag vom 18.12.1989 geschickt werden.

Mitte Januar 1990 fand eine Bürgerversammlung in Golm statt, auf der die künftige Nutzung der ehemaligen Juristischen Hochschule diskutiert wurde. Hier konnte sich die PH mit ihrem Nutzungskonzept gegen vier weitere Interessenten – der Gemeinde Golm, der LPG, dem Rat der Stadt und dem Rat des Bezirkes Potsdam – durchsetzen. Ausschlaggebend für das positive Votum der Golmer Bürger war, dass dieses Konzept eine intensive Nutzung aller Immobilien und Einrichtungen vorsah, während die Mitbewerber lediglich „Rosinenpickerei“ erkennen ließen.

Bei dieser Übernahme ging es um 5 Hörsäle, 20 Seminarräume, 5 Computerkabinette, ein Fremdsprachenkabinett, 210 Arbeitsräume für Mitarbeiter, 781 Wohnheimplätze, eine 650 m² große Bibliothek mit Lesesaal, eine Buchverkaufsstelle, eine Mensa, eine Wäscherei, eine Druckerei, eine Tischlerei, eine Kinderkrippe und einen Kindergarten, den Medizinischen Dienst mit 5 Arztarbeitsplätzen, davon ein Zahnarztplatz, sowie einen großen Fuhrpark mit Werkstatt.

Die PH sagte den Bürgern eine vertragliche Regelung der gewünschten Nutzungen mit der Gemeinde zu und begann bereits kurz nach dem Forum mit der Inbesitznahme der Hochschule in Golm. Der Umstand, dass eine Rückmeldung des Ministeriums auf den Übernahmeantrag weiterhin ausstand und de facto ein rechtsfreier Raum bestand, gebot diese große Eile, um eine Aufteilung der Juristischen Hochschule zu verhindern.

Entsprechend muss die These Barbara Marshalls (2016: 28) zurückgewiesen werden, dass die Juristische Hochschule „gegen den Protest der umliegenden Gemeinden“ der Pädagogischen Hochschule „aufgrund ihrer ausgezeichneten politischen Beziehungen zur Staats- und Parteileitung“ zugeschlagen wurde. Der Beschluss des Ministerrates der DDR zum Wechsel der Rechtsträgerschaft trat erst mit Wirkung zum 1.3.1990 in Kraft. Festgehalten werden muss vielmehr, dass ein akutes Problem der Existenzsicherung der PH durch engagiertes Handeln des Rektorats gelöst wurde:

„Im Zuge der drohenden Auflösung der Juristischen Hochschule Ende 1989 rückten die dort befindlichen Immobilien in das öffentliche Interesse. Bereits am 18. Dezember 1989 ... hatte der Rektor der Pädagogischen Hochschule Potsdam, Professor Axel Gzik, in einem Brief an Ministerpräsident Hans Modrow ... die Übernahme des gesamten Golmer Objektes in den Bestand der Hochschule beantragt, um die komplizierten materiell-technischen Probleme der PH mit wesentlich geringeren ökonomischen Aufwendungen zu lösen.“ (Angelow 2011: 184)

1.2. Der Übergang zur Universität

Im Zuge der anstehenden Übertragung der akademischen Wissenschaftsstrukturen auf das Gebiet der DDR stellte sich ein weiteres, ähnlich drängendes Problem: Da in der Bundesrepublik seit 1965 fast alle Pädagogischen Hochschulen aufgelöst bzw. in Universitäten integriert worden waren (Giese 1987), mussten auch die Unabhängigkeit der PH Potsdam und die Arbeitsplätze von nahezu 900 Mitarbeitern als gefährdet gelten; ein Anschluss an eine Berliner Universität war denkbar. Entsprechend verständigte sich das Rektorat Ende Januar darauf, den Übergang der PH zu einer Universität in Potsdam vorzubereiten.

In der ersten Sitzung des Senats Anfang Februar 1990 stimmte dieser mehrheitlich einem Konzeptentwurf zur Gründung einer Universität zu. Motiviert wurde dieses schnelle Vorgehen vor allem durch die erwartbaren Widerstände zumeist westdeutscher Bildungspolitikern gegen einen solchen Schritt. Stikte Ablehnung ließen etwa die Wissenschaftssenatorin von Westberlin, Barbara Riedmüller-Seel, auf der Rektorensitzung der Berliner Universitäten am 15.2.1990, aber auch die Vertreter des Wissenschaftsrats erkennen.

Die Entwicklung einer PH zu einer Universität schlicht für undenkbar zu halten, dürfte vor allem auf die Unkenntnis der Struktur und Funktion der PHs in der DDR sowie ihres – im Gegensatz zu westdeutschen PHs – universitären Charakters zurückzuführen sein. Die Auseinandersetzung

mit diesem externen Widerstand prägte die Entwicklung des Universitätskonzepts im Frühjahr 1990, mehr noch: Vielleicht motivierte gerade dieser Gegenwind eine intensivere Arbeit daran.

Im Februar wurde deutlich, dass es nicht zu einer Integration der Technischen Hochschule Cottbus oder des Klinikums Potsdam in eine Potsdamer Universität kommen würde: Während das Rektorat der TH Cottbus den Weg in eine eigenständige Technische Universität gehen wollte, stand der Direktor des Klinikums, Hans Röding, dem Konzept einer Universität mit dem Klinikum als Kern einer Medizinischen Fakultät skeptisch gegenüber.

Auf dem 22. Konzil am 28.2.1990 wurde dann das inzwischen weiter gereifte Konzept zur Gründung einer Universität zur Diskussion gestellt. Kern der Universität sollten die Pädagogische Hochschule und die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Potsdam-Babelsberg sein.

Vorgeschlagen wurde der Hochschulöffentlichkeit dabei, den Weg zur Universität über den Zwischenschritt einer „Brandenburgischen Landeshochschule“ zu gehen, da die Potsdamer Hochschule 1948 zunächst unter dieser Bezeichnung durch den Befehl Nr. 45 der Sowjetischen Militäradministration gegründet und mit allen universitären Merkmalen ausgestattet worden war.

Dieses Konzept des Überganges der Pädagogischen in die „Brandenburgische Landeshochschule“ stößt in dieser Zeit auch auf erheblichen, vermutlich eher politisch denn sachlich begründeten Widerstand von „innen“. Vor diesem Hintergrund begründete das Rektorat mit dem Flugblatt „Zurück oder vorwärts zur Brandenburgischen Landeshochschule?“ (Schrader/Gzik 1990) nochmals detailliert die Notwendigkeit dieses Schrittes. Zugleich wurde auf dem Konzil mit Blick auf die angestrebte Universitätsgründung die Aufgabe beschlossen, Diplomfachstudiengänge in den Instituten auszuarbeiten und zum Wintersemester anzubieten.

Auch die Monate Mai und Juni 1990 standen im Zeichen der Abwehr der Vorstellungen des Wissenschaftsrats, des Bildungsministeriums unter Hans Joachim Meyer und des Senats von Westberlin über die künftige Wissenschaftslandschaft im Großraum Berlin, nach denen die Entwicklung der Potsdamer PH zu einer Universität nicht vorgesehen war.

Auf der Berliner Wissenschaftskonferenz am 13.6.1990 konnte jedoch Konsens darüber erzielt werden, dass der attraktive Großraum Berlin künftig deutlich mehr Studierende anziehen würde und somit doch vier Universitäten benötigt werden würden. Das Präsidium der Rektorenkonferenz der DDR stimmte in seiner letzten Sitzung am 15.6.1990 dem Vorschlag zur Universitätsgründung in Potsdam zu.

Nach weiterer Arbeit an dem Universitätskonzept wurde die Umbenennung dann auf einer Sitzung des Wissenschaftlichen Rates am 28.6.1990 zur Abstimmung gestellt. Bei 130 Stimmberechtigten gab es 92 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und 35 Enthaltungen. Dank dieser überwältigenden Zustimmung wurde noch auf dieser Sitzung die Umbenennung der Pädagogischen Hochschule in „Brandenburgische Landeshochschule“ vorgenommen.

1.3. Die Neuorientierung in der Forschung

An allen Fakultäten der Pädagogischen Hochschule gab es eine intensive Forschungstätigkeit, in deren Rahmen zahlreiche erfolgreiche Promotionen A und B entstanden und den Mittelbau als befähigt zum wissenschaftlichen Arbeiten auswiesen. Besonders in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät bestanden viele Kooperationsverträge mit der Industrie und der Landwirtschaft, über die erhebliche finanzielle Mittel für die Hochschule und die Forschungsgruppen akquiriert wurden.

In den ersten Monaten des Jahres 1990 gingen aber viele Vertragspartner der PH in Insolvenz, brachen weg. Es folgte weniger eine Reform der Forschung, sondern vielmehr eine Neuorientierung auf Vertragspartner in den alten Bundesländern und in Westberlin, um die Nutzung der staatlichen Fördertöpfe der DFG und des DAAD sowie um Verträge mit Stiftungen wie z.B. der Volkswagenstiftung oder der Alexander-von-Humboldt-Stiftung.

1.4. Reform der Lehre

Bereits die bisherigen Ausführungen zur Übernahme der Immobilien und Einrichtungen der Juristischen Hochschule, zum Übergang von der PH zur Universität wie zur Neuorientierung der Forschung lassen die Einschätzung des späteren Ersten Prorektors, Gerhard Kempter, „dass wirkliche Veränderungen an der PH erst ab Sommer 1990 eintraten“ (Marshall 2016: 27) als fragwürdig erscheinen. In eine ähnliche Richtung weisen auch die Änderung der Lehre seit dem Herbst 1989.

Bereits auf dem 21. Konzil am 18.9.1989 wurde mit dem Referat des Rektors zur dringend notwendigen, grundlegenden Reform der Lehre aufgefordert und um Meinungsäußerungen zu den im Rektoratskollegium entwickelten Eckpunkten für die Reform an das Rektorat gebeten. Dabei sollten insbesondere die berechtigten Kritiken der Studenten an Ausbildungsinhalten und -formen berücksichtigt werden. Es ging um die Auseinandersetzung mit Schwächen und Mängeln der bisherigen Lehrerausbil-

dung. Die Studenten kritisierten die starren Fächerkombinationen. Es gab Forderungen nach mehr Wahlmöglichkeiten auch noch während des Studiums, nach mehr wahlobligatorischen und fakultativen Veranstaltungen, nach Entlastung der Studiengänge von fachfremden Inhalten, nach Überwindung der teilweisen Verschulung u.a.m.

Aus den über 100 Zuschriften und den Vorstellungen im Rektorat wurden Standpunkte zur Umgestaltung der Lehrerausbildung in 22 Thesen gefasst, am 14.12.1989 vom Senat grundsätzlich gebilligt und per Flugblatt in allen Bereichen der Hochschule mit der Bitte verbreitet, weitere Vorschläge und Meinungen bis zum 12.2.1990 an das Rektorat einzureichen und bereits mit der Ausarbeitung neuer Lehrkonzeptionen zu beginnen. Am 28.2.1990 wurde auf dem 22. Konzil die Ausarbeitung neuer Lehramtsstudiengänge und deren Einführung zum Wintersemester verbindlich beschlossen. Insgesamt lässt sich also festhalten, dass bei laufendem Lehrbetrieb viele drängende Probleme bearbeitet werden mussten und bearbeitet wurden.

1.5. Entwicklungsleitlinien und Vertrauensfrage

Im März/April 1990 fanden einige Demonstrationen an der Hochschule statt. Zugleich erreichten das Rektorat Zuschriften und Meinungsäußerungen, die zeigten, dass zahlreiche Mitarbeiter und Studenten die Rektorspolitik noch nicht nachvollziehen konnten.

Um ein besseres Verständnis und eine höhere Akzeptanz zu erreichen und um herauszufinden, wie viele der Hochschulangehörigen die Rektorsvorstellungen zur Entwicklung der Hochschule ablehnen, wurde zum 26.4.1990 der Wissenschaftliche Rat einberufen. In einem Referat erläuterte der Rektor detailliert die Leitlinien der Entwicklung und stellte sie zur Diskussion.

Die anschließende Abstimmung über die Leitlinien wurde mit der Vertrauensfrage verknüpft. Von den 109 abgegebenen Stimmen waren 108 gültig. Es gab 90 Ja-Stimmen (= 83,3 %), 18 Gegenstimmen (= 16,7 %) und keine Enthaltungen. Dieses hohe Maß an Zustimmung bestätigte nicht nur die bisherige Politik, sondern konnte zugleich als Aufforderung verstanden werden, diese weiter zu verfolgen. Geprägt wurde die weitere Rektorsarbeit zunächst von der anstehenden Währungsunion am 1.7.1990.

1.6. Probleme der Finanzierung der Hochschule

Auf der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates am 28.6.1990, bei der auch die Umbenennung der Pädagogischen Hochschule in „Brandenburgische Landeshochschule“ beschlossen wurde, standen Fragen der Hochschulfinanzierung nach der Währungsunion im Mittelpunkt.

So musste die Hochschule bis 30.6.1990 alle finanziellen Mittel an den Staatshaushalt der DDR zurückführen. Ab 1.7.1990 erfolgte dann die Finanzierung durch die Bundesrepublik bei wöchentlicher Bedarfsplanung (auf die einzelnen Wochentage aufgeschlüsselt). Die genehmigten Gelder waren dann ab 9.00 Uhr für den jeweiligen Tag auf dem Arbeitskonto verfügbar.

Die Mittelzuweisung erfolgte unter dem Vorbehalt, dass das Budget für das 2. Halbjahr nicht für die Ausfinanzierung der Personalkosten reichen würde. So sollte ein Personalabbau erzwungen werden. Deshalb beschloss das Rektorat, die für den Herbst geplante Strukturreform vorzuziehen, selbständige Einheiten auszugliedern und alle Möglichkeiten der Versetzung von Mitarbeitern in den vorzeitigen Ruhestand, des Übergangs in die Teilzeitarbeit u.a.m. unter strikter Beachtung des Kündigungsschutzgesetzes der Bundesrepublik (gültig ab 1.7.1990) zu nutzen.

1.7. Rücktritt vom Amt

Mit Blick auf den 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit, der Etablierung des Landes Brandenburg und damit auch der Berufung eines neuen Wissenschaftsministers, stellte sich die Frage, ob dieser neue Minister wohl konstruktiv mit einem Rektor zusammenarbeiten würde, der noch zu DDR-Zeiten ins Amt gewählt worden war. Da diese Frage nicht eindeutig bejaht werden konnte, trat das Rektorat auf der Senatssitzung am 4.9.1990 geschlossen zurück und bat den Senat, möglichst kurzfristig die Wahl eines neuen Rektorats zu organisieren.

Am 26.9.1990 erfolgte die Übergabe der Amtsgeschäfte an Rolf Mitzner. Auf der Grundlage des bisher Erreichten überführte er die Brandenburgische Landeshochschule in die Universität Potsdam. Für seine Tätigkeit als Gründungsrektor wurde er vielfach geehrt und ausgezeichnet.

2. Nach dem Rektorat: Rechtswidrige Abberufung und wissenschaftliche Arbeit unter schwierigen Bedingungen

Ich erhielt mit Schreiben vom 27.6.1991 zum 1.10.1991 die Abberufung (= Kündigung) durch den Wissenschaftsminister des Landes Brandenburg, Hinrich Enderlein, und wurde damit arbeitslos. Die Abberufung beruhte auf den folgenden Aussagen der Evaluierungskommission: „Wegen zehnjähriger Leitungsverpflichtungen zu wenig originäre Publikationen“ und „Sehr enge wissenschaftliche Problematik, zu wenig aktuell bezogen“. Diese Aussage ist in mehrfacher Weise sachlich falsch und scheint zum Zwecke der Abberufung so formuliert worden zu sein.

Zum Sachverhalt: Ich habe von September 1978 bis April 1983 intensiv an der Promotion B (Gzik 1983), die später als Habilitation anerkannt wurde, zu einem hochaktuellen Thema einer Gruppe von Pflanzenhormonen, den Cytokininen, gearbeitet und diese Arbeit am 28.4.1983 zum Abschluss einer wissenschaftlichen Tagung unter dem Thema „Cytokinine und Cytokininetabolismus“ vor einem hochkarätigen Auditorium verteidigt.

In Anerkennung meiner wissenschaftlichen Leistung erhielt ich vom „International Research & Exchanges“ Board der USA (IREX) ein Stipendium für einen 3-monatigen Arbeitsaufenthalt in Forschungsgruppen meiner Wahl in den USA. Im Rahmen dieses Stipendiums arbeitete ich 7 Wochen bei Prof. Mark Brenner an der Universität von Minneapolis, danach weitere 7 Wochen bei Prof. Roy Morris an der Universität von Columbia. Beide Forschungsgruppen waren zu jener Zeit weltweit führend auf dem Gebiet der Pflanzenhormone, besonders der Hormongruppe der Cytokinine. Allein dieser Arbeitsaufenthalt spricht gegen die lediglich drei Jahre später formulierte Einschätzung, eine wenig aktuell bezogene Fragestellung zu bearbeiten.

Gegen die Entscheidung der Evaluierungskommission habe ich Einspruch eingelegt und diesen ausführlich begründet. Das Ergebnisprotokoll der Einspruchskommission zeigt jedoch, dass die wesentlichen Punkte meines Einspruches von der zuständigen Kommission gar nicht erst zur Kenntnis genommen worden sind. Dies konnte kaum überraschen: Der Vorsitzende der Evaluierungskommission war der Rektor, Rolf Mitzner, sein Stellvertreter war der Geschäftsführender Direktor des Instituts für Biologie, Helmut Scheel. Auch die Einspruchskommission wurde von Mitzner geleitet, Scheel war wiederum stimmberechtigtes Mitglied. Angesichts der gleichen personellen Leitung war es nicht zu erwarten, dass die Entscheidung der Evaluierungskommission in der Einspruchskommission zurückgenommen werden würde.

Rolf Mitzner betätigte mir gegenüber später, dass es bei der Abberufung nicht um meine wissenschaftliche Leistungsfähigkeit gegangen sei, sondern um eine „politisch notwendige Entscheidung“. Neben Mitzner wirkten Helmut Scheel sowie Ingrid und Guido Baumann² vom Institut für Biologie an der Abberufung mit, die alle vier – nicht zuletzt aufgrund unserer über zwei Jahrzehnte dauernden gemeinsamen Arbeit an der PH – meinen wissenschaftlichen Werdegang und meine wissenschaftliche Leistungsfähigkeit sehr genau kannten.

Mit der Abberufung wäre meine weitere berufliche Karriere, aber auch die materielle Sicherheit meiner Familie zerstört worden. Da ich mir bereits zum Zeitpunkt der Abberufung sicher war, dass diese wegen meiner Tätigkeit als Prorektor und Rektor zu DDR-Zeiten, also aus politischen Gründen erfolgt war, reichte ich vor dem Arbeitsgericht Potsdam Klage gegen den Bescheid ein. Das Gericht folgte den sachlichen Argumenten und wies mit seinem Urteil die Abberufung zurück.

Da das Land Widerspruch gegen dieses Urteil einlegte, wurde die Abberufung in zweiter Instanz vor dem Landesarbeitsgericht verhandelt. Auch dieses Gericht fand keinerlei Grund für die Abberufung, da sowohl nach dem Hochschulrahmengesetz der DDR, aber auch nach den nahezu gleich lautenden Bestimmungen in der Bundesrepublik, Prorektoren und Rektoren sich in erster Linie um die Belange ihrer Hochschule zu kümmern haben. Das habe ich zweifellos mit hohem Einsatz, viel Energie und Leidenschaft in dieser bewegten Zeit getan. Durch den Beschluss des Landesarbeitsgerichts Brandenburg vom 30.10.1992 wurde das Urteil des Arbeitsgerichts Potsdam bestätigt und damit rechtskräftig.

Aber das Unrecht setzte sich trotz des rechtskräftigen Urteils an der Universität Potsdam fort. Als ich an einer Sitzung des Institutsrates teilnehmen wollte, erklärte mir der Geschäftsführende Direktor, Helmut Scheel, vor dem versammelten Gremium, dass ich Hausverbot hätte. Aufgrund des Einspruchs meines Anwalts erhielt ich noch am selben Abend ein Telegramm mit der Aufforderung, am nächsten Morgen meine Arbeit am Institut aufzunehmen. Dort teilte mir der Geschäftsführende Direktor mit, dass er keinen Arbeitsplatz für mich hätte, denn die Professur sei inzwischen neu besetzt und die Arbeitsräume seien vergeben worden. Der Kanzler der Universität, Jens Prüß, den ich um Unterstützung gebeten hatte, wies Scheel an, mir unverzüglich ein von ihm wenig genutztes Labor und zwei weitere kleine Räume zur Verfügung zu stellen.

Es folgten bis zu meiner Emeritierung im September 2009 weitere 17 Jahre der Behinderung meiner wissenschaftlichen Karriere durch die ex-

² Briefe an den Rektor von Ingrid und Guido Baumann 1989/1990, Privatarchiv Axel Gzik

treme Begrenzung der Ressourcen. So erhielt ich weniger als 10 Prozent an jährlichen Haushaltsmitteln, die der auf meine Stelle – trotz des schwebenden Arbeitsrechtsstreits – neu berufene Kollege bekam. An den Aufbau einer leistungsfähigen Arbeitsgruppe oder an die Einwerbung von Drittmitteln, bei denen eine Gegenfinanzierung erforderlich ist, war bei den begrenzten Mitteln nicht zu denken.

Die jährliche Debatte um die Haushaltsmittel im Institutsrat war stets eine Diskriminierung und Demütigung und letztlich für die Universität beschämend. Da für mich wegen der Neuberufungen keine Strukturstelle vorhanden war, wurde meine Professur bei der Mittelzuteilung durch die Fakultät nicht berücksichtigt. So war ich auf das Wohlwollen von Kollegen angewiesen, die auf einen geringen Teil ihrer Berufungszusagen verzichteten. Das Unrecht, das mit der rechtswidrigen Kündigung im Juni 1991 begonnen hatte, setzte sich somit über 17 Jahre bis zu meiner Emeritierung fort.

Literatur

- Angelow, Jürgen (2011): Bildung in symbolträchtigen Räumen. Zur Bau- und Nutzungsgeschichte der Potsdamer Universitätsstandorte vor 1990, in: die hochschule 1/2011, S. 171–184.
- Brehmer, Ludwig (2016): Offener Brief. Erwiderung zu den Äußerungen von Prof. Görtemaker (PNN 27.1.16, Vortrag Neujahrsempfang UP), http://www.uni-potsdam.de/fileadmin01/projects/uniges/Dokumente/ob_brehmer.pdf (10.4.2017)
- Giese, Ernst (1987): Regionalwissenschaftliche Bedeutung von Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland, in: ders. (Hg.), Aktuelle Beiträge zur Hochschulforschung, Gießen S. 25–50.
- Görtmaker, Manfred (Hg.) (2016): 25 Jahre Universität Potsdam. Rückblicke und Perspektiven, Berlin.
- Görtmaker, Manfred (Iv.) (2016a): „Wir hatten nicht nur ein Stasi-Problem“. DDR-Altlasten an der Universität Potsdam, in: Posdamer Neuste Nachrichten, 27.1.2016, <http://www.pnn.de/campus/1044356/> (10.4.2017)
- Gzik, Axel (1983): Vergleichende Untersuchungen zur entwicklungsphysiologischen Wirkung und zum Stoffwechsel von Cytokinen in *Beta vulgaris* und *Chenopodium album*, Dissertation B, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“, Potsdam.
- Gzik, Axel (1989): Denkschrift zu Problemen der Erhaltung und Entwicklung der materiell-technischen Basis der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam, 1988/89, in: Archiv Universität Potsdam, PHP, Rep. 7034, Bl. 1-15.
- Gzik, Axel (1990): Zur Charakterisierung der Pädagogischen Hochschulen in der DDR, in: Das Hochschulwesen 10/1990, S. 325f.
- Marshall, Barbara (2016): Die deutsche Vereinigung in Akademia. West- und Ostdeutsche im Gründungsprozess der Universität Potsdam 1990–1994, Berlin
- Schrader, Frank/Gzik, Axel (1990): Zurück oder vorwärts zur Brandenburgischen Landeshochschule?, in: Hochschulzeitung Nr. 9 (Oktober 1990)

Mirjam Müller: Karriere nach der Wissenschaft. Alternative Berufswege für Promovierte. Campus Verlag, Frankfurt a.M. 2017. EAN 9783593507163, 227 Seiten, € 24,95.

Nein, hier geht es nicht um Seniorprofessuren oder um lukrative Berater-tätigkeiten für Emeritierte, wie man anhand des Haupttitels zunächst vermuten könnte. Konzipiert ist das Buch vielmehr für Geistes- und Sozialwissenschaftler als „praktische Anleitung für die Suche nach einer beruflichen Tätigkeit in Wirtschaft, Verwaltung, Bildung und Kultur“ (S. 12). Darüber hinaus ist es das Ziel der Autorin, die seit vielen Jahren als Personalentwicklerin und als Wissenschaftscoach tätig ist, ihre Erfahrungen „einem größeren Kreis an NachwuchswissenschaftlerInnen weiterzugeben“ (ebd.).

Hierfür stellt Müller in fünf Kapiteln ihre „Praktische Anleitung“ vor und illustriert in einem größeren sechsten Kapitel anhand von 13 Porträts die individuellen Berufswege von promovierten Geistes- und Sozialwissenschaftlern, die heute außerhalb der Wissenschaft „in unterschiedlichen Bereichen beruflich erfolgreich tätig sind“ (S. 13). Im siebten Kapitel empfiehlt sie – gleichsam als Schlusswort – beruflichen Alternativen nachzugehen und herauszufinden, ob sie den eigenen Erwartungen standhalten. Außerdem solle man prüfen, ob die nötigen Qualifikationen vorhanden sind und wie die Chancen auf dem entsprechenden Arbeitsmarkt aussehen (S. 206). Der Anhang enthält schließlich weiterführende Informationen, die die Recherche zu beruflichen Tätigkeiten jenseits des Wissenschaftsbetriebs unterstützen sollen.

Im ersten Kapitel konstatiert Müller zunächst, dass „das deutsche Wissenschaftssystem weitgehend eine eindimensionale Karriereperspektive“ mit dem Karriereziel Professur vermittele (S. 10). Entsprechend seien die Qualifikationen ausschließlich auf die (Universitäts-)Professur ausgerichtet und andere Optionen für eine dauerhafte wissenschaftliche Beschäftigung derzeit kaum vorgesehen. Anschließend beschreibt sie die Chancen von Promovierten innerhalb und außerhalb der Wissenschaft, wobei sie prägnant zentrale Ergebnisse des Bundesberichtes Wissenschaftlicher Nachwuchs (BuWiN 2013) zusammenfasst. Einige Ergebnis-

se wären wohl noch deutlicher ausgefallen, hätte bereits der aktuelle BuWiN (2017) zur Verfügung gestanden.¹

Im Abschnitt „Praktische Anleitung“ geht es Müller darum, dass die Leserin oder der Leser herausfindet, was sie dem Arbeitsmarkt außerhalb der Wissenschaft zu bieten haben und was dieser Arbeitsmarkt ihr oder ihm zu bieten hat – und beides letztlich zusammenzubringen. Sie empfiehlt, sich für die Reflektion und die berufliche (Neu-)Orientierung einen Zeitraum – etwa ein oder zwei Jahre – zu setzen. In ihrem zweiten Kapitel schreibt Müller dazu: „Bei aller Besonderheit des Einzelfalls lassen sich meiner Erfahrung nach fünf Typen von ‚AusstiegerInnen‘ beobachten“, für die es unterschiedliche Motivationen und Rahmenbedingungen und damit auch verschiedene Strategien gebe.

Hierbei sei es nicht ausgeschlossen, dass man sich in mehreren dieser Typen wiederfinde (S. 16). Dies ist zunächst eine hilfreiche Heuristik. Interessant wäre hier eine ergänzende Einordnung in die Ergebnisse empirischer Studien gewesen. Zu denken wäre hier etwa an die von Kahlert² herausgearbeiteten drei Karrieretypen, die auch in weiteren Studien aufgegriffen wurden:³ Dies wären erstens Personen, die nach der Promotion in der Wissenschaft bleiben möchten, zweitens Personen, die eine Tätigkeit außerhalb der Wissenschaft anstreben, und drittens Personen, die noch offen hinsichtlich ihrer Karriereziele sind. Der erstgenannte Typ ist für die Bearbeitung des Themas Karrieren nach der Wissenschaft nicht relevant, aber die beiden letztgenannten entsprechen dem „Geplanter Ausstieg“-Typ bzw. dem „Plan B“-Typ bei Müller.

Für viele Leser wäre es sicherlich hilfreich gewesen zu wissen, dass die letztgenannten beiden Typen – inhaltlich den Typen von Kahlert entsprechend aufgefasst – von Briedis u.a. quantifiziert wurden. Damit könnte empirisch gezeigt werden, dass dies sehr viele Personen betrifft und der Karriereweg zur Professur jedenfalls auf der Seite der Nach-

¹ Siehe BuWiN (2013): Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland. Bielefeld und BuWiN (2017): Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland. Bielefeld.

² Vgl. Kahlert, H. (2012): Was kommt nach der Promotion? Karriereorientierung und -pläne des wissenschaftlichen Nachwuchses im Fächer- und Geschlechtervergleich. In: Beaufays, S./Engels, A./Kahlert, H. (Hg.): Einfach Spitze? Neue Geschlechterperspektiven auf Karrieren in der Wissenschaft. Frankfurt am Main. 57–86.

³ z.B.: Briedis, K./Jaksztat, S./Preßler, N./Schürmann, R./Schwarzer, A. (2014): Berufswunsch Wissenschaft? Laufbahnentscheidungen für oder gegen eine wissenschaftliche Karriere. DZHW: Forum Hochschule 8|2014.

wuchsforschenden nicht der Normalfall ist.⁴ Zudem wurden in Briedis u.a. die Karrieretypen auch mit ihren spezifischen beruflichen Erfolgsfaktoren beschrieben. Welche Aspekte für welche Gruppierung wichtig sind bzw. sein können, hätte einen weiteren Nutzwert für die Leser.

In Ansätzen kommen bestimmte Erfolgsfaktoren auch in den 13 Porträts zum Vorschein. Müller teilt hierbei die individuellen Berufswege in fünf „alternative Berufsfelder“ ein: FH-Professur; Wissenschaftsmanagement; Politik und Verwaltung; Kultur, Medien, Bildung; Wirtschaft und Beratung. Abgesehen von der – sicherlich diskussionswürdigen – Einordnung der FH-Professur als „Alternative zur Wissenschaft“, überzeugen die Porträts mit dichten, anschaulichen Beschreibungen. Sie dürften aufgrund ihrer Vielfalt eine Bereicherung selbst für diejenigen (Geistes- und Sozial-)Wissenschaftler darstellen, die bereits einzelne Berufsfelder durch Praktika, Nebenjobs o.ä. kennengelernt haben.

Insgesamt liest sich das Buch sehr gut und bietet eine Fülle an Denk- und Diskussionsanregungen für Karrieren von Promovierten außerhalb der Wissenschaft. Die fünf Typen von „AusstiegerInnen“ wirken allerdings aufgrund der allein auf der Erfahrung der Autorin basierenden Grundlage etwas zufällig gewählt. Doch vielleicht irritiert hier lediglich den empirisch arbeitenden Sozialwissenschaftler der bereits besetzte Begriff „Typen“. Die 13 Porträts decken eine erfreulich große Breite ab, lassen aber zugleich den Wunsch nach einer kurzen quantitativen Einordnung (z.B. neben durchschnittlichen Einkommen auch zur Größe der jeweiligen Berufsfelder und Arbeitsmarktchancen) sowie „weichen“ Berufserfolgsmaßstäben wie beruflicher Zufriedenheit usw. aufkommen.

Eine breitere ergänzende Aufbereitung der vorhandenen (Promovierten-)Studien zu diesem Thema – etwa in Form von Infokästchen – wäre eine noch größere Hilfe für die Leser. Wünschenswert wäre es zudem, bei einer weiteren Auflage die weiterführenden Hinweise als Fußnoten statt als Endnoten zu setzen. Dies würde es auch als Arbeitshilfe für all diejenigen noch besser handhabbar machen, die in der Beratung von Nachwuchswissenschaftlern oder in der Konzeptentwicklung für Angebote tätig sind.

⁴ vgl. auch Hauss, K./Kaulisch, M./Zinnbauer, M./Tesch, J./Fräßdorf, A./Hinze, S./ Hornbostel, S. (2012): Promovierende im Profil: Wege, Strukturen und Rahmenbedingungen von Promotionen in Deutschland. iFQ-Working Paper Nr. 13; Krempkow, R./Sembritzki, T./Schürmann, R./Winde, M. (2016): Personalentwicklung für den wissenschaftlichen Nachwuchs 2016. Bedarf, Angebote und Perspektiven – eine empirische Bestandsaufnahme im Zeitvergleich. Berlin: Stifterverband (Hg.); Johann, D./Neufeld, J. (2016). Nachwuchsprobleme. Situation und Berufsziele des wissenschaftlichen Nachwuchses. In: Forschung & Lehre 9/2016, 790–791.

Fazit: Das Buch schließt mit seiner Fokussierung auf alternative Berufsfelder für Promovierte eine große Lücke und löst seine Ziele größtenteils bravourös ein. Lediglich in den ersten Kapiteln gäbe es im Hinblick auf eine weitere Informationsaufbereitung noch etwas Luft nach oben.

René Kremkow (Berlin)

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von Peer Pasternack
für das Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Redaktion: Daniel Hechler

Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg, Collegienstraße 62, D-06886 Wittenberg
<http://www.diehochschule.de>

Kontakt:

Redaktion: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Vertrieb: Tel. 03491/466 254, Fax: 03491/466 255, eMail: institut@hof.uni-halle.de

ISSN 1618-9671, ISBN 978-3-937573-59-5

Die Zeitschrift „die hochschule“ versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung. Als Beihefte der „hochschule“ erscheinen die „HoF-Handreichungen“, die sich dem Transfer hochschulforscherischen Wissens vor allem in die Praxis der Hochschulentwicklung widmen.

Artikelmanuskripte werden elektronisch per eMail-Attachment erbeten. Ihr Umfang soll 25.000 Zeichen nicht überschreiten. Für Rezensionen beträgt der Maximalumfang 7.500 Zeichen. Weitere Autoren- und Rezensionshinweise finden sich auf der Homepage der Zeitschrift: www.diehochschule.de >> Redaktion.

Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität (www.hof.uni-halle.de). Es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird geleitet von Peer Pasternack.

Als Beilage zu „die hochschule“ erscheint der „HoF-Berichterstatte“ mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg. Daneben publiziert das Institut die „HoF-Arbeitsberichte“ (http://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm) und die Schriftenreihe „Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg“ beim BWV Berliner Wissenschafts-Verlag. Ein quartalsweise erscheinender eMail-Newsletter kann abonniert werden unter <http://lists.uni-halle.de/mailman/listinfo/hofnews>.

Abbildung vordere Umschlagseite: Unterricht in Datenverarbeitung mit „Robotron“-Computer in einer Schule in Dresden im Jahre 1979, Quelle: akg-images / Straube

Einszweivierpunktnull

Digitalisierung von Hochschule als Organisationsproblem

Daniel Hechler, Peer Pasternack:

Das elektronische Hochschulökosystem7

Dirk Baecker:

Agilität in der Hochschule.....19

Niels Taubert:

Kommunitaristische und kommerzielle Trägerschaft digitaler
Informationsinfrastruktur in der Wissenschaft29

Gunnar Auth:

Campus-Management-Systeme. Prozessorientierte Anwendungs-
software für die Organisation von Studium und Lehre.....40

Oliver Haude, Markus Toschläger:

Digitalisierung allein löst keine Organisationsprobleme.
Warum Einführungsprojekte von Campus-Management-Systemen
mehr als nur IT-Projekte sind59

Martin Wimmer:

IT-Governance an Hochschulen. Notwendigkeit, Stand und
Wege zum Erfolg70

Steffen Zierold, Peggy Trautwein:

Digitalisierung und Ent-/Bürokratisierung83

Klaus Wannemacher:

Digitalisiertes Lehren und Lernen als organisationales Problem
in den deutschen Hochschulen99

Mathias Winde:

Hochschulbildung 4.0 als Herausforderung für die Organisation
des Studiums und die Institution Hochschule.....111

Sebastian Schneider:

(Aus)Bildungsvoraussetzungen digitalisierter Arbeit.....120

FORUM

Christian Warnecke:

Wissenstransfer aus Hochschulen. Methodik und Ergebnisse
einer bundesweiten Professorenbefragung 135

GESCHICHTE

Barbara Marshall:

Die Ostdeutschen als ‚Verlierer‘ der deutschen Einheit:
Wirklichkeit oder Cliche? Ost- und Westdeutsche im
Gründungsprozess der Universität Potsdam 148

Axel Gzik:

Auf dem Weg zur Universität. Weichenstellungen
an der Pädagogischen Hochschule Potsdam 1989/90 166

PUBLIKATIONEN

Rezension: Mirjam Müller: Karriere nach der Wissenschaft.
Alternative Berufswege für Promovierte (*René Krempkow*) 176

Peer Pasternack, Daniel Hechler:

Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen in Ostdeutschland seit 1945 180

Autorinnen & Autoren 192

Autorinnen & Autoren

Gunnar Auth, Prof. Dr. oec., Professor für Wirtschaftsinformatik, insbes. Informations- und Projektmanagement am Institut für Wirtschaftsinformatik der Hochschule für Telekommunikation Leipzig, Geschäftsführer des Instituts für Bildungs- und Wissenschaftsmanagement Leipzig. eMail: gunnar.auth@ibwm-leipzig.de

Dirk Baecker, Prof. Dr. rer. soc., Soziologe, Inhaber des Lehrstuhls für Kulturtheorie und Management, Dekan der Fakultät für Kulturreflexion an der Universität Witten/Herdecke, Email: dirk.baecker@uni-wh.de

Axel Gzik, Prof. Dr. rer. nat. habil., von 09/1967 bis 09/2009 an der Pädagogischen Hochschule bzw. Universität Potsdam auf den Fachgebieten Biochemie und Pflanzenphysiologie tätig, 1989/1990 Rektor der Pädagogischen Hochschule Potsdam. eMail: axel.gzik@web.de

Oliver Haude, M.Sc., Betriebswirt, Berater der myconsult GmbH. eMail: haude@myconsult.de

Daniel Hechler M.A., Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

René Krempkow, Dr. phil., wissenschaftlicher Referent im Hauptstadtbüro des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, Bereich Programm und Förderung, sowie Stabsstelle QM der Humboldt-Universität zu Berlin. eMail: rene.krempkow@hu-berlin.de

Barbara Marshall, PhD, Politikwissenschaftlerin, University of East Anglia, Norwich, 1992 Gastdozentin an der Universität Potsdam. eMail: b.marshall@uea.ac.uk

Peer Pasternack, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; www.peer-pasternack.de

Sebastian Schneider M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung (HoF). eMail: sebastian.schneider@hof.uni-halle.de

Niels Taubert, Dr. phil., AG Bibliometrie, in Kooperation mit dem Institute for Interdisciplinary Studies of Science (I²SoS) an der Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie und der Universitätsbibliothek Bielefeld. eMail: niels.taubert@uni-bielefeld.de

Markus Toschläger, Dr. rer. pol., Diplom-Wirtschaftsingenieur, Seniorberater und geschäftsführender Gesellschafter der myconsult GmbH. eMail: toschlaeger@myconsult.de

Peggy Trautwein, Dipl.-Soz., wissenschaftlicherin Mitarbeiterin am Institut für Hochschulforschung (HoF). eMail: peggy.trautwein@hof.uni-halle.de

Klaus Wannemacher, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am HIS-Institut für Hochschulentwicklung, Organisationsberater. eMail: wannemacher@his-he.de

Christian Warnecke, Dr. rer. oec., Wirtschaftswissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. eMail: christian.warnecke@rub.de

Martin Wimmer, Diplom-Physiker, Leiter des Rechenzentrums der Universität Regensburg, Vorsitzender des Vereins „Zentren für Kommunikation und Informationsverarbeitung in Lehre und Forschung“ (ZKI). eMail: Martin.Wimmer@rz.uni-regensburg.de

Mathias Winde, Dr. phil., Programmleiter für den Bereich Hochschulpolitik und -organisation beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Berlin, Essen). eMail: mathias.winde@stifterverband.de

Steffen Zierold, Dipl.-Soz., Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: steffen.zierold@hof.uni-halle.de